

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 62. Ratssitzung vom 11. September 2019

1647. 2018/383

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 03.10.2018: Schaffung eines Angebots an Waldkindergärten in allen Schulkreisen der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 444/2018): *Mit dem vorliegenden Postulat fordern wir den Stadtrat zur Überprüfung auf, wie er in allen sieben Schulkreisen eine gewisse Anzahl von Kindergartenklassen zu einem Anteil von mindestens fünfzig Prozent als Waldkindergärten laufen lassen könnte. Es ist uns bewusst, dass die Waldzonen in der Stadt sehr ungleich verteilt sind. Dem wollen wir Rechnung tragen, indem es uns wichtig ist, dass alle Quartiere die Möglichkeit eines Zugangs zu einem Waldkindergarten haben, sofern sie das wünschen. Bei neuen Ideen und Projekten gehört es sich selbstverständlich, das Angebot regelmässig zu evaluieren. Ebenfalls selbstverständlich sollen der Lehrplan 21 eingehalten und die üblichen Tagesstrukturen angeboten werden. Waldkindergärten und -schulen erfreuen sich bei Kindern und ihren Eltern einer grossen und steigenden Beliebtheit. Wir sehen eine Reihe von pädagogischen und sozialen Vorteilen bei Waldkindergärten. Die Bewegung wird gefördert, der Aufenthalt in der Natur bei jedem Wetter tut uns und insbesondere den Kindern gut und unterstützt ihre Entwicklung. Es gibt die Möglichkeit, dass die Kinder von neuen Erkenntnissen profitieren. Sie können neues Know-how und verschiedene Kompetenzen im Wald anders entwickeln, was auch ihrer Entwicklung dient. Schliesslich ist es auch die soziale Entwicklung: Die Erfahrungen, die im Kollektiv gemacht werden, werden in einem Waldkindergarten ebenfalls positiv beeinflusst. Im Jahr 2016 gab es in der Schulanlage Manegg ein solches Pilotprojekt. Inzwischen ist es abgeschlossen. Es war ausserordentlich erfolgreich und wurde sowohl von den Kindern als auch von den Eltern sehr geschätzt. Bei der Evaluation äusserten sie sich durchgängig positiv. Ganz wichtig ist auch, dass die Nachfrage stets grösser war, als das Angebot. In der nachträglichen Evaluation wurde herausgefunden, dass es beim Übertritt in die erste Klasse der «normalen» Schule keinerlei Probleme gab: Die Kinder waren bestens vorbereitet, die entsprechenden Lernziele wurden erreicht. Zürich ist eine Stadt mit viel Wald. Zirka 25 Prozent des Stadtgebiets besteht aus Wald. Alleine aus dieser topografischen und natürlichen Lage heraus, scheint es uns, dass Zürich prädestiniert ist, sich mit einem solchen Angebot zu profilieren.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Ich bin eigentlich mit den Ausführungen von Isabel Garcia (GLP) weitgehend einverstanden. Es ist wertvoll; ich bin auch ein Fan von Waldkindergärten. Das Problem ist, dass das Postulat von Anfang an nicht erfüllbar ist – selbst*

wenn wir es prüfen. Deshalb lehnen wir es ab. Wenn wir fünfzig Prozent der Kindergartenklassen in das System Waldkindergarten integrieren, müssten viele Waldecken besetzt werden. Das ergibt einen Konflikt mit dem Waldgesetz: Wir können mit den Kindergärten nicht nach Belieben in den Wald hinausgehen und Infrastrukturen bauen, in denen sie sich ausleben können. Es gibt einige Ecken, wo es nicht zu Konflikten mit dem Waldgesetz kommt, was ich im Zusammenhang mit Grün Stadt Zürich ersah. Im grossen Stil bedeutet das aber ein grosses Konfliktpotential, das nicht aufgelöst werden kann. Das Wichtige ist die Strategie. Es ist nicht Teil der Strategie der Stadt, dass die freie Schulwahl im Kindergarten zugelassen wird. Letztlich wird es sich hierbei um eine freie Schulwahl handeln, da wir nicht Eltern dazu zwingen können, die ihre Kinder nicht in den Waldkindergarten schicken wollen. Wenn die freie Wahl im Kindergarten eingeführt wird, müsste das nachher in der Primarschule weitergezogen werden. Das würde einen Dammbbruch und viele Konflikte im Zusammenhang mit den Zuteilungen bedeuten. Im Kindergarten müssen die Wege kurz sein. Darum haben wir mit der neuen BZO die Möglichkeit, Kindergartenplätze auch in den Wohngebieten zu erstellen. Wenn wir Waldkindergärten mit einer freien Wahl bauen, bedeutet das schliesslich Autotourismus. Das kann nicht im Sinne der GLP sein. Wenn ein Kind aus dem Kreis 4 oder 5 in einen Waldkindergarten gebracht wird, können sie nicht selbstständig mit dem ÖV dorthin fahren, sondern müssen dorthin gefahren werden. Das Postulat ist zwar gut gemeint, wir können es aber nicht akzeptieren und wollen es nicht prüfen, weil der Vorschlag strategisch nicht in der Linie ist, in der wir seit Jahrzehnten arbeiten. Geographisch würde es zu einer Ungleichbehandlung führen, da es nur einige gut mit Wald erschlossene Gebiete gibt – in den Kreisen 4 und 5 gibt es keinen Wald.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Bartholdi (SVP): STR Filippo Leutenegger hat die Prüfung eigentlich bereits ausgeführt. Würde das Postulat heute überwiesen, wird das Resultat gleich sein, wie das, was wir bereits hörten. Das Postulat kann natürlich medienwirksam eingereicht werden; die Auftragsvergabe auf diesem Weg bedeutet aber einen sehr aufwendigen Apparat. Grundsätzlich ist es eine sehr gute Idee für Kindergärten, Schulklassen und auch Krippen, die Nähe zur Natur zu suchen und zu nutzen. Bezüglich des Wetters gilt, dass es kein schlechtes Wetter, sondern nur schlechte Kleidung gibt. Ob draussen in der Natur immer der Wald sein sollte, sei dahingestellt; wir haben schöne Wälder in Zürich, es gibt aber auch andere Plätze, die genutzt werden können. Den Zwang zum Waldkindergarten halte ich deshalb für fragwürdig. Wenn in einem Kreis das Bedürfnis besteht, sollte das erlaubt werden. Aber ein Zwang einer Einführung in allen Schulkreisen und somit auch dort, wo es keine Wälder gibt, führt auch zu einer CO₂-Steigerung, was im Interesse von niemanden liegt.

Yasmine Bourgeois (FDP): Waldkindergärten sind zweifelsohne wertvoll für die Entwicklung der Kinder. In gewissen Quartieren bedeuten sie auch eine Chance, dem knappen Schulraum zu begegnen. Viele Eltern schicken ihre Kinder sehr gerne in Waldkindergärten oder -krippen. Es gibt aber auch Eltern, die das nicht wollen. Wir sind der Meinung, dass der Staat nicht jedes erdenkliche Bedürfnis erfüllen und nicht alles regeln muss. Er muss einen soliden Kindergarten anbieten, was er erfüllt. In der Regel ist dabei

einer von fünf Schultagen ein Waldtag. Auch sonst sind die Kindergarten-Kinder viel draussen. Wir wollen nicht vorschreiben, wie gross der Anteil an staatlichen Waldkindergärten sein muss. Jeder Schulkreis sollte selbst entscheiden können, ob das Angebot einem Bedürfnis entspricht. Da das heute bereits möglich ist, lehnen wir einen Zwang und somit das Postulat ab. Weitere Waldkindergärten können Private anbieten, was sie auch bereits tun.

Res Marti (Grüne): Die Grüne-Fraktion unterstützt das vorliegende Postulat. Natürlich wird es schwierig, fünfzig Prozent der Kindergärten in den Wald zu verlegen. Ansonsten freuen wir uns aufs Aufforstungsprogramm im Schulkreis Limmattal, aber natürlich ist das leider nicht realistisch. Wir wollen das Postulat so verstanden haben, dass es wichtig ist, dass alle Kinder in der Stadt möglichst viel vom Wald erleben und dass sie möglichst nahe der Natur aufwachsen. In der Stadt kann man sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr und mit dem Velo zum Wald fahren.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die SP-Fraktion reichte das Postulat mit ein und unterstützt es dementsprechend. Uns ist es aber wichtig, dass es richtig gelesen und verstanden wird. Es ist die Rede davon, dass gewisse Kindergärten in jedem Schulkreis – wir liessen bewusst offen, wie viel das sein sollten – der erwähnte Zwang, der ist mir im Postulatstext nicht begegnet. Es sind gewisse Kindergärten, die in jedem Schulkreis nach dem Prinzip Waldkindergarten geführt werden sollen. Dies sollte zu mindestens fünfzig Prozent erfolgen. Das Postulat sieht nicht vor, dass beispielsweise im Schulkreis Limmattal vier Kindergärten vollkommen im Wald stattfinden. Wenn der angesprochene Tourismus eine Konsequenz davon wäre, käme das Postulat aus der falschen Ecke. Die Idee ist, dass gewisse Kindergärten die Hälfte ihrer Zeit im Wald verbringen. Das kann auch in Verbindung mit einem Standort, der Hausgebunden ist, problemlos realisiert werden. Der Vorteil bezüglich Raumknappheit kann trotzdem erzielt werden, weil unter Umständen ein Gebäude oder ein Gebäudeteil doppelt genutzt werden kann. Die Spielräume sind offen; das wollen wir mit dem Postulat erreichen. Es ist nicht die Idee, dass die Hälfte aller Kindergärten zukünftig als Waldkindergärten geführt werden soll: In den Kindergärten mit dem Angebot, soll mindestens die Hälfte der Zeit nach dem Prinzip Waldkindergarten geführt werden. Für die Mitunterzeichnung motivierte uns, dass bekannt ist, dass Waldkindergärten erstens ein grosses Interesse auslösen und zweitens sehr viele Vorteile pädagogischer und weiterer Natur mit sich bringen. Die Volksschule erfüllt die Funktion, Gerechtigkeit auch bezüglich des Zugangs zu Vorteilen herzustellen. Dementsprechend sind wir der Auffassung, dass diese Anstrengung auch bezüglich der Vorteile der Waldkindergärten unternommen werden sollte. Es handelt sich um einen Schritt in diese Richtung. In den letzten Jahren fuhren wir gut, im Schulbereich Gewisses schrittweise zu begehen. Nun aber von vornherein das nicht überprüfen zu wollen, weil es nicht funktionieren könne, sollte nicht geltend gemacht werden. Den Fraktionspräsidenten der SVP frage ich, wie anders als so können wir aus dem Gemeinderat schulpolitisch etwas anregen? Natürlich folgt danach ein Hinunterspielen in die Schulkreise; das entspricht der Behördenstruktur der Stadt. Ich sehe aber keinen anderen Weg für das Einbringen von schulpolitischen Forderungen.

Olivia Romanelli (AL): Bei allen Sympathien, die ich für die Naturpädagogik habe, sehe ich in diesem Postulat doch einige kritische Punkte. Die Waldkindergärten brauchen jeweils einen fixen Standort: die sogenannten Waldsofas. In einem geschätzten Radius von etwa fünfzig Meter um ein solches Sofa herum wächst nichts mehr. Es findet keine Naturverjüngung von Pflanzen mehr statt und ich weiss nicht, ob den Postulantinnen und Postulanten bewusst ist, dass es bereits mindestens 25 Waldsofas im Stadtwald gibt. Diese Zahl stammt aus einer Standortanalyse aus dem Jahr 2017 von Grün Stadt Zürich. Unterdessen sind es bestimmt mehr Waldsofas. Auch ist nicht jedes Waldstück für Kindergärten geeignet. Es gibt topographische Gründe, der Naturschutz oder auch die Erschliessung, die dagegensprechen. Die Kindergruppe muss den Zielplatz innerhalb einer nützlichen Frist erreichen können. Bei einer Anreisezeit von 45 Minuten und einer Distanz zwischen den Waldsofas von 200 Meter, kommt die Standortanalyse von Grün Stadt Zürich auf eine theoretische Anzahl von 80 bis 160 möglichen Standorten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Wälder mit Waldsofas zugebaut werden sollen. Dachte man bei der Formulierung des Postulats an die Frage, welche Infrastrukturen im Wald es braucht, wenn sich täglich 4000 Kinder über den gesamten Tag hinweg im Wald aufhalten? Kindergartenkinder brauchen keine Windeln mehr, müssen aber häufig dringend aufs WC. Ich frage mich auch, wie sinnvoll es ist, wenn Kinder während ihrer Unterrichtszeit mehrere Stunden pro Woche im Tram und im Bus verbringen. Der Weg in den Wald ist Aufgabe der Schule. Es wäre schön, wenn das Angebot der städtischen Waldschulen auch für Kindergärten zugänglich gemacht würde. Die AL hofft auf eine sorgfältige Prüfung des Postulats.

Stefan Urech (SVP): Wenn es um Pavillons geht, die im Grünraum platziert werden, erfolgt sonst ein riesiger Aufruhr in der Kommission und im Rat. Ich erinnere mich an eine Sitzung, in der Dr. Balz Bürgisser (Grüne) eine Liste von Insekten vorlas, die von den Pavillons zerstampft werden. Jetzt plötzlich werden die Grünen zu den «Waldrodern». In der Hochbaukommission müssen wir die Bäume in der Stadt zählen und bei jedem Gestaltungsplan und jedem Projekt müssen die Bäume ausgemessen werden. Jetzt gilt das alles nicht mehr und es sollte dem Trend des Waldkindergartens gefolgt werden. Ich muss auch auf das Parteiprogramm der Grünliberalen verweisen, laut dem das Naherholungsgebiet Wald geschützt und massvoll genutzt werden sollte. Auch sollten die Nutzungskonflikte reduziert werden. Das steht in einem brutalen Kontrast zu dem, was in diesem Postulat gefordert wird. Das kann ich nicht nachvollziehen. Auch entsteht der Eindruck, dass die SP, die Grünen und die GLP alle etwas Anderes unter diesem Postulat verstehen – zugegebenermassen ist die Formulierung kompliziert. In Anbetracht der Konflikte und Widersprüche, wäre es eine gute Lösung, das Postulat zurückzuziehen. Mir ist es wichtig, dass die wenigen Frei- und Naturräume vor der Übernutzung von Menschen geschützt werden. Dr. Jean-Daniel Strub (SP) hat recht: So muss vorgegangen werden, wenn schulpolitisch etwas erreicht werden sollte. Das trifft für Minderheitsparteien zu. Die rotgrüne Allianz jedoch hat fünf der sieben Kreisschulpflege-Präsiden in der Hand. Die Kreisschulpflege-Konferenz entspricht also den Mehrheitsverhältnissen des Gemeinderats.

Roger Föhn (EVP): Wir von der EVP halten die Waldkindergärten eigentlich für eine super Sache. Ich selbst ging sechs Jahre lang jeweils einmal im Monat mit in einen solchen

Waldkindergarten. Ich half auch mit, ein Waldsofa zu bauen. Leider wurde es später von Vandalen zerstört. Trotzdem kamen wir zum Schluss, dass wir das Postulat nicht unterstützen wollen. Wir hörten bereits die Argumente von STR Filippo Leutenegger; auch wir sind der Meinung, dass die Kreisschulbehörden selbst entscheiden sollten, ob und wie viele Waldkindergärten entstehen sollen. Das sollte auch in Absprache mit den Kindergarten-Lehrpersonen erfolgen. Es solle kein Problem sein, die Waldkindergärten mit dem ÖV zu erreichen, aber ohne Elternbegleitung funktioniert das nicht. Eine Kindergarten-Lehrpersonen kann nicht alleine mit den Kindern in den Wald, es braucht viele Leute, die mithelfen. Diese Schwierigkeit bedeutet eine grosse Problematik. Wenn zwanzig Kinder mit einem Tram fahren sollen, müssen mindestens vier bis fünf Erwachsene mitfahren.

Isabel Garcia (GLP): Die einreichenden Fraktionen sind keineswegs uneinig. Wenn gewisse Missverständnisse beim Lesen des Texts aufkamen, tut uns das Leid; tatsächlich ist die Formulierung ein wenig kompliziert. Es ist aber deutlich formuliert, dass «gewisse Kindergartenklassen zu einem Mindestanteil von 50 % nach dem Prinzip des Waldkindergartens geführt werden können». Es sind nicht fünfzig Prozent der Kindergartenklassen, sondern «gewisse» Kindergartenklassen. Auch handelt es sich keineswegs um einen Zwang von oben herab.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Ich kann es nicht unwidersprochen stehenlassen, wenn Woche für Woche behauptet wird, dass die Tatsache, dass in gewissen Gremien in der Stadt eine rot-grüne Mehrheit besteht, uns vom Recht entbinde, Vorstösse, Ideen oder Anliegen einzubringen, die an die entsprechenden Behörden gerichtet sind. Das entspricht keiner politischen Logik. Es ist eine seltsame Vorstellung, dass wenn eine Mehrheit in einer Exekutive besteht, die Menschen aus dieser Partei keine Vorstösse mehr einreichen sollten.

Roger Bartholdi (SVP): Es geht hier um die Kreisschulpflege. Ich kenne das Präsidium relativ gut und weiss, wie sie argumentieren: Sie sind auch vom Volk gewählt. Rot-grün hat die klare Mehrheit. Darum geht es aber nicht, sondern darum, dass ihr sie gut kennt. Mit ihnen kann kommuniziert werden. So kann der mühsame Umweg verhindert werden. Die Schulpflege ist ein völlig anderes Gremium. Unser Argument ist, dass effizienter vorgegangen werden kann. Von verschiedenen Referentinnen und Referenten hörten wir auch, wie viel materiell und sachlich gegen das Postulat spricht. Darum glaube ich auch, dass das Schulpräsidium wahrscheinlich gegen den Zwang sein wird, dass es mindestens einen Waldkindergarten braucht. Die Fachexperten sind dagegen, weshalb wohl nun der Umweg über das Parlament gesucht wird.

STR Filippo Leutenegger: Das Postulat ist tatsächlich ein wenig missverständlich formuliert. Ich hörte nun die Exegese der sprachkundigen Initianten und nehme das zur Kenntnis. Trotzdem besteht aber ein Konflikt. Wenn wir das flächenmässig auf die gesamte Stadt anwenden, ist die pädagogische Freiheit der Lehrpersonen nicht mehr garantiert. Auch ist der Konflikt mit dem Förster vorprogrammiert, der zwar von der Stadt angestellt ist, aber über eine eigene Kompetenz verfügt. So sind nicht alle Orte für Waldsofas geeignet. Die Konflikte vor allem im pädagogischen Bereich sind nicht wegzudiskutieren. Wenn mindestens fünfzig Prozent der Zeit im Wald verbracht werden sollte,

6 / 6

kann das auch zu Konfliktzonen mit den Eltern führen, weil nicht alle gleich von einer solchen Pädagogik begeistert sind. Wegen der vielen Konfliktzonen würde ich vorschlagen, dass einzelne Experimente auch logistisch unterstützt werden. Wir können das an geeigneten Orten versuchen. Wenn ein Kindergarten mit fünfzehn bis zwanzig Kindern mit dem ÖV in den Wald geht, kann das nicht eine Person alleine machen. Die Operation ist zwar gut gemeint, kann aber nicht umgesetzt werden. Selbstverständlich werde ich bei einer Überweisung das nochmals und ohne negative Gefühle überprüfen.

Das Postulat wird mit 73 gegen 39 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat